

Antrag 187/I/2018

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Aussetzung Rüstungsverträge Türkei

1 Die SPD-Bundestagsfraktion möge die sozialdemokrati-
2 schen Vertreter/-innen der Bundesregierung auffordern,
3 sich dafür einzusetzen, dass die mit der Türkei ausgehan-
4 delten Rüstungsverträge aufgrund der aktuellen Lage so-
5 fort ausgesetzt und neue nicht abgeschlossen werden.

6

7

8 **Begründung**

9 Die Türkei setzt deutsche Panzer in einem völkerrechts-
10 widrigen Krieg gegen die Kurdenmiliz YPG in Nordsyrien
11 ein. Zahlreiche Kurden, darunter viele Zivilisten, sind den
12 türkischen Angriffen bereits zum Opfer gefallen. Damit
13 bekämpft das NATO-Mitglied Türkei die Verbündeten ei-
14 nes anderen NATO-Mitglieds, nämlich der USA. Die Türkei
15 führt ihren eigenen Krieg gegen die Kurden – unter dem
16 Vorwand, den Terrorismus zu bekämpfen. Dabei haben die
17 YPG-Kämpfer große Erfolge im Kampf gegen den IS erzielt.
18 Mit diesem Angriffskrieg in einem souveränen Staat ver-
19 wirkt die Türkei das Recht, wie ein normaler NATO-Staat
20 behandelt zu werden und Waffenlieferungen fordern zu
21 können. Auch dürfen deutsche Waffenlieferungen nicht
22 Teil eines Deals zur Befreiung von Gefangenen wie Deniz
23 Yücel werden. Der Journalist, der schon fast ein Jahr in der
24 Türkei inhaftiert ist, hat sich denn auch dagegen gewehrt,
25 dass die Bundesregierung seine Freilassung durch solche
26 Deals erkauft.

27

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)